

Die Belange von Menschen mit Behinderung von Anfang an mitdenken. Interview mit der neuen Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung

- Online-Version -

Für die Fürst Donnersmarck-Stiftung ist Christine Braunert-Rümenapf eine alte Bekannte. Denn die neue Berliner Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung ist ein gern gesehener Gast unserer sozialpolitischen Veranstaltungen in der Villa Donnersmarck wie dem Friedrichshainer Kolloquium oder dem jour fixe. So wundert es auch nicht, dass sie unsere roten „Mittendrin, so wie ich bin“-Taschen sofort erkennt, als wir uns zufällig auf dem Gang in der Oranienstraße 106 begegnen. Seit ihrem Amtsantritt am 1. September 2017 bleibt ihr gleichwohl nur noch wenig Zeit, um die Veranstaltungen in der Villa zu besuchen. Umso mehr freuen WIR uns, dass sie sich die Zeit für ein Gespräch mit uns über ihr Selbstverständnis als Landesbeauftragte, ihre Arbeitsschwerpunkte und ihre Vision für eine inklusive Gesellschaft genommen hat. Und nach der Einarbeitungsphase klappt es bestimmt auch mal wieder mit einem Besuch in der Villa Donnersmarck.

Sebastian Weinert: Vielen Dank, dass Sie sich Zeit für ein Gespräch mit uns nehmen. Sie sind seit dem 1. September 2017 offiziell Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung und vertreten damit die Interessen von mehr als 600.000 Berlinerinnen und Berlinern mit Behinderung. Würden Sie sich unseren Leserinnen und Lesern ganz kurz vorstellen?

Christine Braunert-Rümenapf: Gerne! Ich wurde 1961 geboren – übrigens mit einer Geburtsbehinderung. Das war eine Zeit, in der Menschen mit Behinderung auf eine andere Art und Weise zur Teilhabe gebracht wurden. Wer damals nicht in das System passte, wurde einfach zur Anpassung „gezwungen“. Das spielte meines Erachtens im Umgang mit der eigenen Behinderung immer eine relativ große Rolle, weil man leicht dazu neigte, sich zu überfordern. Dieser veränderte Anpassungsdruck, den man von Anfang an internalisierte, ist aus meiner Sicht ein wichtiger Unterschied zwischen den verschiedenen Generationen von Menschen mit Behinderung.

Ich habe zunächst eine kaufmännische Ausbildung absolviert und anschließend über den zweiten Bildungsweg das Abitur erworben. Da ich mich immer für bildungs- und sozialpolitische Fragen interessierte, lag es nahe, Erziehungswissenschaften sowie Publizistik an der Freien Universität Berlin zu studieren, also ein geisteswissenschaftliches und sozialwissenschaftliches Fach zu kombinieren. Zur Finanzierung des Studiums arbeitete ich in der „aufsuchenden Familienfürsorge“ im Bezirksamt. Mein Schwerpunkt war die Unterstützung von Familien mit Kindern mit Behinderung. Dadurch lernte ich ausgesprochen viel über das System Familie, aber auch über die Anforderungen, die – etwa durch das Schulsystem – an Familien gestellt werden. Ich habe einiges über den Umgang von behinderten und nicht behinderten Geschwistern miteinander gelernt, aber auch die Bedeutung relativer Armut erfahren. Oft kann in Familien mit behinderten Kindern nur ein Elternteil arbeiten gehen, sodass hier die finanzielle Situation angespannt ist.

Nach Abschluss des Studiums arbeitete ich neun Jahre für die Gesellschaft für Integration, Sozialforschung und Betriebspädagogik (ISB). Dort konnte ich mich mit dem Thema Behinderung unter einer anderen, neuen Perspektive

weiterbeschäftigen. Die ISB war ja Teil der Modellphase der Integrationsfachdienste. Wir haben aber auch das Konzept der unterstützten Beschäftigung weiterentwickelt und ich beschäftigte mich mit der Teilhabe am Erwerbsleben, speziell mit der Situation von Frauen mit Behinderung. Dieses Thema konnte ich dann später bei einem anderen Träger vertiefen, wo ich mich mit Migration und Behinderung auseinandersetzte.

2012 wurde ich schließlich Referentin von Herrn Dr. Schneider und habe ihm – neben einer fachlichen Vertretung in Gremien, Arbeitsgruppen und anderen Runden – vor allem bei der Bewertung gesetzlicher Vorgaben und Konzepte zugearbeitet.

Sebastian Weinert: Macht es aus Ihrer Sicht einen Unterschied, dass Sie die erste Frau in dem Amt des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung in Berlin sind?

Christine Braunert-Rümenapf: Ich bin erst kurze Zeit im Amt und kann noch nicht abschätzen, welche Auswirkungen mein Geschlecht noch haben wird. Sicherlich bin ich für den Aspekt Frauen mit Behinderung sensibilisierter als ein Mann. Ich sehe hier auch eine Differenz zwischen Männern und Frauen mit Behinderung. Wir wissen beispielsweise, dass Frauen mit Behinderung häufiger von Gewalt betroffen sind als vergleichbare Gruppen.

Ich möchte damit sagen, dass man im Zweifel immer genau hinsehen muss. Bei der Teilhabe am Erwerbsleben ist es so, dass Frauen mit Behinderung immer noch stark benachteiligt sind. Das hat auch etwas mit den Rollenerwartungen zu tun, mit denen wir alle konfrontiert sind. Einem Mann mit Behinderung wird in der Wirtschaft immer noch eher die Rolle des Ernährers zugestanden als einer Frau mit Behinderung, die es somit schwerer hat, eine Anstellung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden. Das war eine meiner wichtigsten Erkenntnisse aus meiner Zeit bei der ISB.

Sebastian Weinert: Sie sprechen die unterschiedlichen Rollenerwartungen an, denen Männern und Frauen grundsätzlich begegnen – der Mann als aktiver Familienernährer, die Frau tendenziell eher als passiver Gegenpart, die es dann auf dem Arbeitsmarkt natürlich schwerer hat, insbesondere mit einer Behinderung.

Christine Braunert-Rümenapf: Genau. Das sind unterbewusste Prozesse, die man nicht richtig greifen und denen man deswegen auch schwer begegnen kann.

Sebastian Weinert: Ihre Berufung als Berliner Behindertenbeauftragte erfolgte in großem Einvernehmen mit dem Landesbeirat für Menschen mit Behinderung. Wie erleben sie denn die Reaktion von Menschen mit Behinderung, von den Vereinen und Selbstvertretungsorganisationen auf Ihre Berufung?

Christine Braunert-Rümenapf: Im Moment durchweg positiv.

Sebastian Weinert: Die Arbeit der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung changiert zwischen der Einzelfallhilfe, etwa in der Rolle als Ombudsfrau, und einer Querschnittsaufgabe mit der Zielsetzung, die Berliner Politik insgesamt im Sinne von Menschen mit Behinderung zu beeinflussen. Wo würden Sie hier Ihre Rolle als Landesbeauftragte einordnen?

Christine Braunert-Rümenapf: Ich sehe mich genau in dieser Doppelrolle. Das ist aus meiner Sicht ein ausgesprochen fruchtbarer Zusammenhang. Über die Einzelbeispiele erkennt man ganz oft allgemeine Handlungsbedarfe. Wo sind beispielsweise Regelungslücken? Wie wirkt sich eine gesetzliche Veränderung bei der Umsetzung im Alltag aus?

Gleichzeitig verstehe ich Behindertenpolitik als Querschnittsaufgabe, die darauf zielt die Rahmenbedingungen für Menschen mit Behinderung grundsätzlich zu verbessern. Dazu gehören neben den gesetzlichen Grundlagen auch die Ausstattung verschiedener Einrichtungen und Institutionen mit entsprechenden Ressourcen. Oft müssen Schnittstellenfragen geklärt werden oder wir müssen neue Kooperationen eingehen, wie z. B. im Bereich der Elternassistenz bei den Bezirksämtern zwischen den Bereichen Jugend und Soziales. Ein anderes Thema ist die Schnittstelle zwischen Eingliederungshilfe und Pflege. Da geht es dann unter anderem darum, bestimmte Konzeptionen und Vorstellungen zu harmonisieren oder zumindest abzugleichen. Unterstützung beim Einkaufen bedeutet in der Eingliederungshilfe beispielsweise, dass man gemeinsam mit dem Unterstützungsempfänger einkaufen geht. In der Pflege bedeutet es, dass ohne denjenigen, der die Leistung in Anspruch nimmt, einkaufen gegangen wird.

Von daher finde ich, dass sowohl die Einzelfallbetrachtung über die Bürgerinnen- und Bürgeranfragen als auch das Arbeiten in der Querschnittspolitik wichtig sind und sich gegenseitig bereichern.

Sebastian Weinert: Vor diesem Hintergrund: Welche Arbeitsschwerpunkte möchten Sie sich für die nächsten Jahre setzen?

Christine Braunert-Rümenapf: Zunächst geht es natürlich um die konkreten Themen, die jetzt schon aktuell sind: Da haben wir das Toilettenkonzept, dann die Umsetzung des Mobilitätskonzepts und natürlich gehört auch die Novellierung des Landesgleichberechtigungsgesetzes zu den A-Prioritäten. Diese Vorhaben stehen ja auch in der Koalitionsvereinbarung. Zuletzt hat Senator Dr. Behrendt erklärt, dass auch der Entwurf für das Landesantidiskriminierungsgesetz schon sehr weit gediehen ist und ein Referentenentwurf in nächster Zeit zu erwarten ist. Aber auch die Begleitung der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes wird mich beschäftigen. Ein anderes Thema bleibt sicherlich das inklusive Bildungswesen.

Zweitens ist der Ausbau eines barrierefreien Gesundheitswesens ein ganz wichtiger Aspekt. Hier geht es zukünftig vor allen Dingen auch um die Beschäftigung mit der digitalen Gesundheitsversorgung, die ja so langsam an Geschwindigkeit aufnimmt. Das ist ein neues Gebiet, um das wir uns ganz dringend kümmern müssen, bevor da irgendwelche Rahmenbedingungen gesetzt werden, die nicht alle gleichermaßen berücksichtigen.

Ein dritter Aspekt ist Behindertenpolitik als Querschnittsthema im Sinne eines Disability Mainstreamings. Ich möchte immer wieder daran erinnern, dass es nicht nur um die konkreten Probleme und Aufgaben, sondern auch um die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen geht. Es geht um gesetzliche Grundlagen und ihre Umsetzung, um Ressourcen zur Schnittstellenbearbeitung, um Kooperationen, die immer wieder ausgewertet und kritisch hinterfragt werden müssen. Funktioniert das Zusammenspiel der unterschiedlichen Systeme so, wie wir uns das vorstellen? Ist

auch das Anschlusssystem so barrierefrei, dass es zu nutzen ist? Das Schulsystem ist dafür ein gutes Beispiel. Wenn es etwa ein junger, gehörloser Mensch geschafft hat, einen Schulabschluss zu erwerben, findet er auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt keine Stelle, weil er permanent auf einen Gebärdensprachdolmetscher angewiesen ist. Dann geht es eben darum, diese Systeme lückenlos zu machen, im Sinne einer inklusiven Unterstützung.

Sebastian Weinert: Das ist ja ein grundsätzliches Problem im Schulsystem. Wenn ein Schüler mit einer Behinderung einen Schulabschluss erwirbt, ist die Gefahr hoch, dass es keine barrierefreien Angebote auf dem Arbeitsmarkt gibt, sodass er wieder an spezialisierte Einrichtungen verwiesen wird, die etwa ein Berufsbildungswerk betreiben. Das kann aber eigentlich nicht der Anspruch eines inklusiven Bildungswesens sein.

Christine Braunert-Rümenapf: Genau! Wir brauchen natürlich auch spezielle Unterstützungsstrukturen, das steht völlig außer Frage. Aber vor allem muss das Bildungswesen an individuelle Bedürfnisse angepasst werden.

Sebastian Weinert: Die UN-Behindertenrechtskonvention hat das Leitprinzip der Inklusion ganz nachhaltig auf die politische Agenda gesetzt und fordert einen menschenrechtsbasierten Ansatz in der Behindertenpolitik. Welche Rolle sehen Sie für sich in diesem Zusammenhang?

Christine Braunert-Rümenapf: Das Verwaltungshandeln genauso wie politisches und gesellschaftliches Handeln systematisch und kontinuierlich danach zu befragen, ob es die Gleichstellung und Teilhabe von Menschen mit Behinderung befördert oder behindert.

Sebastian Weinert: Letztlich geht es Ihnen um ein permanentes Mahnen?

Christine Braunert-Rümenapf: Immer. Deswegen ist mir neben den konkreten Themen diese kontinuierliche Erinnerung an diesen Querschnittsbereich, das Disability Mainstreaming, so wichtig. Vielleicht machen wir uns dann ja irgendwann mal überflüssig...

Sebastian Weinert: Ich glaube allerdings nicht, dass wir das noch erleben.

Christine Braunert-Rümenapf: ...das glaube ich auch nicht. Dafür kommen auch immer wieder neue Themen auf und es gibt mittlerweile zu viel Konkurrenz unter den einzelnen Themen. Dadurch gerät fast automatisch immer irgendetwas ins Hintertreffen, weil wir strukturieren müssen, um den Überblick zu behalten.

Sebastian Weinert: Im Interview mit Elke Breitenbach, das wir in der letzten Ausgabe der WIR führten, sprach sie über das ressortübergreifende Konzept zur Umsetzung behindertenpolitischer Leitlinien. Können Sie uns hier auf den aktuellen Stand bringen?

Christine Braunert-Rümenapf: Das ist ein sehr zeit- und arbeitsintensiver Prozess mit sehr vielen verschiedenen Akteuren. Auf Einzelheiten kann ich hier noch nicht eingehen.

Sebastian Weinert: Was versprechen Sie sich von dem Konzept?

Christine Braunert-Rümenapf: Zum einen die Verständigung auf konkrete Schritte für die weitere Umsetzung der 10 Behindertenpolitischen Leitlinien. Zum anderen erhoffe ich mir von dem Konzept einen Effekt, den ich bereits ansprach: Das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass Inklusion ein Prozess ist, der wirklich alle Akteure betrifft und – neben vielen anderen – bauliche, organisatorische, konzeptionelle, finanzielle usw. Veränderungen nach sich zieht.

Sebastian Weinert: Sie waren ja schon häufiger Gast bei verschiedenen Veranstaltungen in der Villa Donnersmarck – etwa beim Friedrichshainer Kolloquium, unsere Kooperationsveranstaltung mit dem IMEW oder bei unserem jour fixe. Welchen zusätzlichen Dialog oder welches zusätzliche Forum zum Austausch über die Situation von Menschen mit Behinderung würden Sie gerne fördern oder erstmalig initiieren?

Christine Braunert-Rümenapf: Ich glaube, wir benötigen nicht unbedingt ein weiteres Forum zum Austausch, sondern eher einen stärkeren Dialog zwischen den unterschiedlichen Akteuren im Bereich der Behindertenpolitik und Behindertenhilfe. Ich habe oft das Gefühl, dass wir gar nicht mehr überblicken, an welchen Stellen schon gute, inhaltsreiche Diskussionen geführt werden.

Sebastian Weinert: Es gibt einfach zahlreiche Akteure in diesem Feld und es scheint mir tatsächlich eine große Aufgabe, diese zusammenzubringen. Vielleicht arbeitet man zwar an unterschiedlichen Themen und Fragestellungen, die Lösungswege können ja aber durchaus auf andere Anforderungen übertragbar sein.

Christine Braunert-Rümenapf: Mit unterschiedlichen Aspekten oder auch gegenläufigen Meinungen konfrontiert zu werden, kann durchaus produktiv und spannend sein. Man lernt möglicherweise eine völlig andere Herangehensweise kennen oder hinterfragt seine bisherigen Denkweisen. Ich glaube, es fehlt uns eher diese Haltung oder dieser Austausch, aber wir brauchen kein weiteres spezialisiertes Forum zu einem spezifischen Thema.

Sebastian Weinert: Würden Sie uns abschließend Ihre Vision für eine inklusive Gesellschaft 2022 schildern?

Christine Braunert-Rümenapf: In meiner Vision haben alle Akteure in Politik, Verwaltung, Gesellschaft und Wirtschaft gleichermaßen verinnerlicht, dass Behindertenpolitik nicht in Sozialpolitik aufgeht. Und sie befragen ihre Vorgaben, gleich welcher Art, ob sie die Belange von Menschen mit Behinderung mitgedacht haben.

Sebastian Weinert: Welchen Beitrag können Organisationen wie die Fürst Donnersmarck-Stiftung leisten, um Ihre Vision Wirklichkeit werden zu lassen?

Christine Braunert-Rümenapf: Indem Sie Ihren sozialräumlichen Ansatz weiterverfolgen und nach Lösungen für Schwierigkeiten suchen – zum Beispiel im Freiwilligenengagement. Dabei geht es darum, dass sich auch Menschen mit Behinderung im freiwilligen Engagement stärker wiederfinden sollten. Zuletzt wünsche ich mir, dass Sie Akteure im Rahmen Ihrer Veranstaltung weiter

zusammenbringen und sich an den Diskussionen beteiligen.

Sebastian Weinert: Ich glaube, das schaffen wir. Vielen Dank für das Gespräch!